

KONFERENZBERICHT

HERBSTTAGUNG DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE

Sveti Stefan, Montenegro, 7. bis 9. Oktober 2005

A. ZUSAMMENFASSUNG:

Vom 7. bis 9. Oktober 2005 kamen in Sveti Stefan, Montenegro, Abgeordnete der OSZE-PV zur Herbsttagung zusammen. Die Herbsttagung wurde gemeinsam von der OSZE-Versammlung und der Versammlung von Serbien und Montenegro organisiert und erfolgte auf Einladung des Parlamentes von Montenegro. Die Veranstaltung mit mehr als 300 Teilnehmern umfasste die **Konferenz** zum Thema „**Multiethnische Gesellschaften und gute Regierungsführung als eine Grundlage für Stabilität und Sicherheit**“, eine Sitzung des **Ständigen Ausschusses** und das **Forum Mittelmeer**, das dem Austausch über Fragen der Sicherheit im Mittelmeerraum dient. In der Konferenz informierten sich die Teilnehmer durch Experten, darunter Leiter von OSZE-Missionen, über die Lage in verschiedenen multiethnischen Gesellschaften und debattierten über gute Praktiken im Umgang mit den damit verbundenen Herausforderungen.

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses, an der die Delegationsleiter teilnehmen, befasste sich mit Folgemaßnahmen zur Erklärung der Versammlung in Washington D.C. im Juli diesen Jahres, der zukünftigen Arbeit der Versammlung und dem vorgeschlagenen OSZE-Budget für das Jahr 2006, das vom Generalsekretär **Marc Perrin de Brichambaut** erläutert wurde.

Der Deutsche Bundestag entsandte unter Leitung des Abgeordneten **Hans Raidel** (CDU/CSU) folgende Delegation:

Abg. **Doris Barnett** (SPD)

Abg. **Helga Daub** (FDP)

Abg. **Helmut Rauber** (CDU/CSU)

Abg. **Uta Zapf** (SPD)

Als weitere Termine der Konferenz sind festzuhalten:

- Sitzung des Präsidiums der OSZE PV in Ljubljana: 4. Dezember 2005
- Ministerratssitzung der OSZE in Ljubljana: 5. - 7. Dezember 2005
- PV Wintertagung in Wien: 23. - 24. Februar 2006
- Sitzung des erweiterten Präsidiums in Kopenhagen: 24. April 2006
- 15. Jahrestagung in Brüssel: 3. - 7. Juli 2006
- Herbsttagung und Forum Mittelmeer 2006: Malta
- 16. Jahrestagung 2007: Ukraine
- Herbsttagung und Forum Mittelmeer 2007: Slowenien

(Anlage 1: Programm, Anlage 2: Teilnehmerliste, Anlage 3: News from Copenhagen – Pressemitteilungen zur Konferenz)

B. INHALTE DER TAGUNG

I. Konferenz zum Thema „Demokratie und gute Regierungsführung in multiethnischen Gesellschaften als Basis für Stabilität und Sicherheit“

Einführung

In seiner Eröffnungsrede dankte PV Präsident **Alcee L. Hastings** (USA) für die Einladung nach Montenegro. Pluralistische Gesellschaften sollten nicht nur die verschiedenen Identitäten der Bevölkerungen respektieren, sondern im positiven Sinne Bedingungen für deren weitere Fortentwicklung schaffen. Die Versammlung unterstütze diese Ziele. Zusätzliche Förderung („affirmative action“) sei notwendig, um Nachteile bei systematischen Diskriminierungen auszugleichen, wie z.B. gegenüber Frauen und bestimmten ethnischen Minderheiten. Der Hurrikan Kathrina habe gezeigt, dass auch im Katastrophenfall die Zugehörigkeit zu ethnischen Gruppen eine wichtige Rolle spielen könne, da in dem Fall Angehörige der armen schwarzen Bevölkerung am meisten betroffen waren. Staatliche Strukturen hätten auf verschiedenen Ebenen versäumt, adäquate Unterstützung zu geben. Ungleiche Machtverteilung sei in dem Zusammenhang die Ursache einer Reihe von Problemen.

Der **Parlamentspräsident von Montenegro, Ranko Krivokapic**, verwies auf die Vielfalt vorhandener ethnischer Gruppen und Sprachen. Für die Fragen seines Landes müssten

politische Antworten gefunden werden; gute Regierungsführung könne diese Antworten geben. Nach dem Ende des Kalten Krieges habe Montenegro die entstandenen Herausforderungen angenommen. Im Balkankrieg seien viele Flüchtlinge aufgenommen worden. Montenegro trage dazu bei, Stabilität im Balkan zu erreichen.

Der Vizepräsident der Versammlung von Serbien und Montenegro, Milorad Drljevic nannte Montenegro den richtigen Ort für die Tagung mit dem Thema „Multiethnizität“. Serbien und Montenegro befinden sich in einer Übergangsphase beim Aufbau der demokratischen Institutionen, wobei die OSZE hier sehr aktive Unterstützung bei dem Bemühen leiste, ein Klima der Zusammenarbeit zu schaffen.

Botschafter Maurizio Massari, Leiter der OSZE-Mission in Serbien und Montenegro, nannte das Thema der Konferenz entscheidend für die Region. Die Standards im Minderheitenschutz seien Teil des europäischen Acquis. Starke demokratische Institutionen tragen dazu bei, Multiethnizität zum Stabilitätsfaktor zu machen, statt Unsicherheit zu befördern. Man habe sehr positive Ergebnisse zu verzeichnen, so die Integration albanischer Minderheiten in serbischen Institutionen. Zur Vorgehensweise verwies er zunächst auf die Formulierung von Regelungen, die den Minderheiten Rechte einräumen, außerdem sei das Training für staatliche Organe wie Polizei, Justiz etc., von herausragender Bedeutung, damit diese Rechte auch angewendet würden. Noch seien jedoch viele Fragen offen: die Gesetzgebung sei noch nicht vollständig abgeschlossen und das Problem der Kosovo-Flüchtlinge sei noch zu lösen. Minderheitenrechte müssten im Rahmen eines demokratischen Kontextes geschützt werden, was er mit „inklusivem Nationalismus“ benannte. Er erwähnte die Unterstützung für die Initiative zur Gründung einer Gemeinschaft von multiethnischen Städten in Südost-Europa, unterstützt durch die Kooperation mit dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte und zahlreiche NGOs. Ein Protokoll zu interethnischer Toleranz sei von mehr als fünfzig Städten in Südost-Europa unterzeichnet worden. Während der westliche Balkan sich in Richtung Europa bewege, sollte man die Anstrengungen intensivieren, Demokratie und Multiethnizität besser zusammenarbeiten zu lassen. *(Anlage 4: Rede des Botschafters Maurizio Massari, Leiter der OSZE-Mission Serbien und Montenegro am 7. Oktober 2005)*

Sitzung 1 – Umgang mit multiethnischen Gesellschaften in der OSZE

Vorsitz: Roberto Battelli (Slowenien)

Der Leiter der slowenischen Delegation verwies eingangs auf die besonderen Probleme beim Wiederaufbau von Gesellschaften, die durch Krisen und Konflikte entzweit worden waren. Die Folgen von Gewalt seien nur schwer zu überwinden.

Robert Schupp, tätig für den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten bei der OSZE, sprach zum Thema „**Schutz nationaler Minderheiten in der OSZE**“. Er unterstrich, das Mandat des Hohen Kommissars sei in erster Linie ein Instrument zur Konfliktprävention. Seine Aufgabe sei es, frühzeitig Lösungen anzustreben. Eine in sich stabile Gesellschaft sei auch ein verlässlicher Nachbar. Der Hohe Kommissar sei kein Ombudsmann für die Minderheiten, sondern habe alle Seiten einer Problematik zu betrachten. Als Instrumente zum Schutz von Minderheiten nannte er zunächst Vereinbarungen und Dokumente wie die Minderheitenkonvention des Europarates und verschiedene Rechtsgrundlagen auf VN-Ebene. Der Hohe Kommissar werde aktiv, wenn Spannungen auftreten und versuche, in Zusammenarbeit mit den Beteiligten Lösungen zu formulieren. Er erarbeite Richtlinien und stelle so genannte best practices zusammen. Eine Mitwirkung finde auch statt bei der Organisation von Wahlen, im Erziehungswesen und bei der Gewährleistung der Teilhabe am Zugang zu Medien. Ziel der Arbeit sei immer die Konfliktverhütung. Als Arbeitsfelder in Südost-Europa nannte er Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien (FYROM), ferner in Zentralasien, Kaukasus etc. Aktivitätsfelder seien hier z.B. die Hilfe bei der Rückkehr von Flüchtlingen, die Berücksichtigung von Minderheitenrechten in der Verfassung. Ein entscheidender Punkt sei die Beteiligung von Minderheiten in der Verwaltung, Maßnahmen im Erziehungsbereich und in der Rechtsetzung. Beim Zugang zu Bildungseinrichtungen nannte er als Beispiel, dass Albaner in den mazedonischen Universitäten mit bestimmten Prozentanteilen vertreten seien. Die Umsetzung der Rahmenabkommen sei häufig ein wichtiger Punkt. Der Hohe Kommissar könne dabei immer nur Anstöße geben, letztlich müssten die beteiligten Staaten selbst die Regeln umsetzen.

(Anlage 5: Rede im Originaltext, Anlage 6: Informationsblatt „Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten“

Zarko Korac, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident Serbiens, sprach zum Thema „**Konflikt und Wiederaufbau multiethnischer Gesellschaften**“. Europa habe eine Geschichte mit vielen Konflikten, wobei manche erkannt und einige verdrängt worden seien.

Multiethnische Konflikte in Südost-Europa gingen unter anderem auf die späte Bildung von Nationalstaaten zurück, die die Rechte von Minderheiten ignorierten. Die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien hätten schreckliche Folgen gehabt: Tod, Vertreibung, Flucht. Als Ansätze zu einer Verbesserung nannte er die Entsendung neuer Vertreter in die Politik, die nicht von alten Strukturen belastet sind. Die Konflikte müssten nachhaltig beendet werden, und man müsse der Vergangenheit ins Auge sehen, wozu auch die Bestrafung von Tätern gehöre. Wichtig und entscheidend seien die Werte der Gesellschaft, die als zukünftige Grundlage dienen.

Werner Wnendt, Leiter der OSZE-Mission im Kosovo hielt einen Kurzvortrag zum Thema „**Der Fall Kosovo**“. Nach einem langen konfliktreichen Weg müssten nun die Grundlagen für eine stabile Gesellschaft gelegt werden. Die OSZE habe die Setzung von Standards unterstützt, die Schaffung von öffentlichen Institutionen, das Prinzip der Rechtstaatlichkeit, Rückkehrrecht von Flüchtlingen, Reise-, Arbeits- und Sprachfreiheit. Ziel sei eine echte multiethnische Gesellschaft, zu deren Unterstützung die Mission das Mandat habe. Im Bereich der Institutionenbildung habe sich die OSZE bei dem Aufbau der Kosovo-Versammlung und anderer Institutionen beteiligt. Die Balance zwischen Regierung und Parlament sei noch unausgeglichen. Aktiv sei die OSZE auch bei der Reform der lokalen Regierungen, mit denen die meisten Leute Kontakt haben. Ein Plan in Zusammenarbeit mit UMNİK bilde eine wichtige Grundlage, die zu mehr Transparenz führen soll. Die Unterstützung der Minderheitenrechte werde gefördert. Notwendig seien Strafen für Verletzungen dieser Rechte und der Aufbau von entsprechenden Fähigkeiten in den Verwaltungen durch Training von Beamten, Polizei etc. Durch die Beteiligung von Minderheiten am Öffentlichen Dienst werde das Konfliktpotential herabgesetzt. Er gab grundlegend eine zuversichtliche Einschätzung, dass die Grundlagen für eine stabile Gesellschaft gelegt seien. Eine Mehrheit sehe sich als Bestandteil einer multiethnischen Gesellschaft im Kosovo, aber es seien noch viele Herausforderungen zu bewältigen. In der anschließenden Debatte folgten Erläuterungen zur Situation in Bosnien-Herzegowina, wo drei Nationen in einem Land leben. Von ungarischer Seite wurde der Fall Wojwodina erwähnt; die ungarische Regierung bemühe sich, die Rechte der serbischen Minderheit zu wahren. Zypern problematisierte die Lage seines eigenen Landes. Belgien nannte sich als Modell, in dem noch kein Konflikt trotz des Zusammenlebens von drei Gruppen entstanden sei. Das Bundeskonzept der Verfassung sehe gleiche Rechte vor. Auch Kanada wurde als Modell einer Gesellschaft verschiedener ethnischer Gruppen angeführt, wozu auch eine Beteiligung der

verschiedenen Gruppen an Regierung und Verwaltung gehört. Es gab kritische Fragen von **Giovanni Kessler** (Italien) nach der Einschätzung zur Entwicklung des Kosovo, der noch weit von der Erfüllung der Standards entfernt sei. Vorgeschlagen wurde auch eine Konferenz zum Kosovo. **Werner Wnendt** antwortete, das Prinzip Standards vor Status sei nicht durchzuhalten, sondern parallele Prozesse seien notwendig. Abg. **Doris Barnett** (Deutschland/SPD) fragte nach der Bildung der nachfolgenden Generation. Wichtig sei die Vermittlung eines Geschichtsbildes in Lehrmitteln in einer Form, dass nicht nachfolgende Generationen zu neuen Konflikten provoziert werden. Man habe zum Teil die Minderheiten selbst ins Land geholt – Stichwort Gastarbeiter – was nun Konzepte zum Umgang notwendig mache. In der Antwort wurde tendenziell auf die Problematik von Nationalstaaten und die Perpetuierung von Konflikten eingegangen. (*Anlage 7: Redetext: Der Umgang mit multiethnischen Gesellschaften in der OSZE; Der Fall Kosovo; Anlage 8: Aktuelles zur Kosovo-Frage (Information des Auswärtigen Amtes) Anlage 9: OSZE-Mission im Kosovo (Informationsblatt der OSZE)*)

Sitzung 2 – Demokratische Regierungsführung in multiethnischen Gesellschaften

Vorsitz: Uta Zapf (Deutschland)

Einleitend ging Abg. **Uta Zapf** (Deutschland/SPD) auf die Ausführungen der Redner am Morgen ein, die sich mit der Schutzfunktion der Regierung auch gegenüber Minderheiten befasst hätten. Auch die EU sei eine multiethnische Gruppe, dies treffe auch auf die Situation innerhalb einzelner Länder zu. Wichtige Kriterien seien genannt worden, u.a. Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt, was um Gesundheit und Wohnen zu ergänzen sei. Noch gebe es kein Erfolgsmodell für die Integration von Migranten, wie auch von Abg. **Doris Barnett** angesprochen wurde.

Srdja Darmanowic, Dekan der Fakultät für Politikwissenschaften an der Universität von Montenegro erläuterte **Strategien und Mechanismen der Regelung von Multiethnizität**. Grundlegend komme ein Konsensmodell oder ein Mehrheitsmodell in Betracht, was auch oft erfolgreich sei, z. B. in den USA. In den Übergangsgesellschaften sei ein Konsensmodell vorzuziehen. In Montenegro sei strittig, ob Unabhängigkeit von Serbien anzustreben sei. In einer Präsentation zeigte er Zahlen, wonach die Prognose für das Referendum 2005 für die Unabhängigkeit spreche, wobei die Minderheiten noch stärker an einer Unabhängigkeit interessiert seien. In Montenegro gebe es ein parlamentarisches Vielparteiensystem. Die Minderheitenvertretung sei gewährleistet (vier Sitze von 75 stehen Albanern zu). Muslime

und Bosnier stimmten in der Regel für multiethnische Parteien, so dass die Vertretung ihrer Interessen gewährleistet sei. Wichtig sei generell die Option auf Teilhaben in öffentlichen Ämtern etc.

Mansur Ayupof (Russische Föderation), Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Nationalitäten sprach über den **Umgang mit Multiethnizität in der Russischen Föderation**. Russland sei ein Vielvölkerstaat. Er nannte zwei grundlegende Modelle für die Nationalitätenfrage: das föderalistische Modell (Sowjetunion) und das amerikanisch-europäische Staatenmodell, das den ethnischen Aspekt eher in den Hintergrund rücke. Beide Modelle seien unvollkommen. Russland sei weder ein Nationalstaat noch ein Schmelztiegel. Seit 1996 gebe es ein neues Dekret mit modernen Regeln für die staatliche Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen den Völkern. Gegenwärtig dienten neue Gesetze auch verschiedenen Minderheitenrechten (z. B. Forstflächennutzung durch indigene Völker). Ziel sei das gleichberechtigte Miteinander, wobei ein Problem das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Völker sei. Notwendig seien neue Grundlagen, die aber nicht immer mit westlichen Vorstellungen übereinstimmten. In der Debatte wurde auf Bildung als Schwerpunkt verwiesen (Monaco); Frankreich erläuterte seine Unterstützung nach dem Jugoslawien-Konflikt für die fragilen Staaten, wobei die Notwendigkeit angemessener Vertretung der Volksgruppen und ordnungsgemäßer Wahlabläufe betont wurde. Belgien verwies auf Sitze für bestimmte Gruppen im eigenen Parlament, Großbritannien ging auf Migration und daraus resultierende Probleme ein, weil einigen Gruppen die Loyalität zum Gesamtstaat fehle. Ein Vertreter der Ukraine meinte, das gesamte Konzept der Demokratie müsse diskutiert werden.

Abg. **Uta Zapf (Deutschland/SPD)** fasste die Diskussion zusammen: Es habe verschiedene Entwicklungen gegeben. Für jedes Land seien die Bedingungen für Lösungen im Demokratisierungsprozess andere. Dennoch gebe es innerhalb der OSZE Standards, die man als notwendig ansehe. Es gebe eine Verpflichtung des Staates zum Schutz aller Bürger und zur gleichmäßigen Verteilung gegenüber allen Bürgern. Die wirtschaftliche Verteilung von Ressourcen müsse noch als Problem vertieft werden.

Sitzung 3: Institutionen- und Minderheitenschutz

Vorsitz: Pia Christmas-Møller (Dänemark)

Dr. Lidija R. Basta Fleiner, Direktorin des Internationalen Forschungs- und Beratungszentrums des Föderalismusinstituts der Universität Freiburg, sprach zum Thema **Institution des Föderalismus und Minderheitenschutz**.

Ohne Identifikation mit dem Staat stelle sich die Frage, was die Legitimation für einen multiethnischen Verband sei und wie dieser funktionieren solle. Bei jeder föderalistischen Institution müsse man den Minderheiten entgegenkommen und gleiche Rechte gewähren. Der Gedanke an Minderheit und Mehrheit setze zunächst ein Ganzes voraus, etwas Gemeinsames, das die Zielsetzung legitimiert. Notwendig sei in jedem Fall Vertrauen. Ein föderatives Muster habe wenig Legitimation in ehemaligen Krisengebieten, da es dort genau an dem Vertrauen mangle. Institutionenbildung müsse partizipatorisch geschehen. Sie nannte als maßgebliche Bedingung, dass das föderative Design das Vertragsprinzip nicht aushöhlen dürfe. Der gemeinsame Status dürfe nicht verhandelbar sein. Ein konföderatives System sei nur möglich mit Instrumenten, die die Entscheidungsfindung garantieren. Außerdem beklagte sie, dass es wenig Koordination im Minderheitenschutz zwischen den Unterzeichnern der Konvention gebe.

Botschafterin **Paraschiva Badescu**, stellvertretende Leiterin der OSZE-Mission Serbien und Montenegro und Leiterin des Büros in Montenegro, sprach zum Thema „**Institutionsaufbau für den Minderheitenschutz**“. Staaten mit ausgebildeten Institutionen hätten Vorteile z.B. beim Krisenmanagement. Montenegro sei eine tolerante Gesellschaft. Als Errungenschaften nannte sie, dass es Montenegro z. B. trotz der Notwendigkeit der Flüchtlingsintegration gelungen sei, eine friedliche Koexistenz zu schaffen. Die Verfassung garantiere die Sprachfreiheit für Minderheiten und den gleichen Zugang zu Bildungseinrichtungen sowie die Nutzung eigener Symbole. Das Ministerium habe gute Beziehungen zu NGOs. Es gebe Projektförderung u. a. in Zusammenarbeit mit der OSZE, die beispielsweise bei einem Erziehungs- und Informationszentrum mitwirke. Im Parlament sei die albanische Sprache zugelassen. Verschiedene Dokumente zum Minderheitenschutz wurden unterzeichnet. Es gebe einen Ombudsmann. Minderheitenrechte werden als Grundvoraussetzung für weitere Demokratieentwicklung angesehen. Das Ministerium habe sich bemüht, die multiethnische Gesellschaft in Montenegro voranzubringen. Die OSZE habe in verschiedenen Projekten beigetragen: Stärkung der Minderheitengesellschaft durch Stärkung der rechtlichen und

institutionellen Voraussetzungen, dauerhafte Lösungen für vertriebene Personen in Montenegro, Einrichtung von Bürgererziehungs- und Informationszentren, Grenzöffnung mit Albanien, Umwandlung von staatlichen Medien in öffentliche Sender. Trotz des Erreichten gebe es noch genügend Herausforderungen; einige Gesetze seien noch nicht verabschiedet, die notwendig seien auf dem Weg zur Rechtsstaatlichkeit Montenegros. Ebenso fehle es an einigen Verordnungen zu Umsetzung von Gesetzen. Der NGO-Sektor habe sich erst spät entwickelt und müsse effizienter werden. Insgesamt bedürfe es einer lebendigen Zivilgesellschaft für die weitere Entwicklung des Landes (*Anlage 10: Der Status nationaler Minderheiten (Informationsblatt der OSZE-Mission; Anlage 11: Redetext der Botschafterin Badescu*).

Prof. Dr. Nebojsa Vucinic, Professor für Internationales Recht, Universität Montenegro sprach über **Verfassungsgestaltung in multiethnischen Gesellschaften**. Die Anerkennung einiger Staaten im Wiener Kongress drehte sich auch um Minderheitenschutz. Alle osteuropäischen Staaten seien heterogen und hätten in der Vergangenheit die Fähigkeit zu friedlichem Zusammenleben gezeigt. In nationalistischen Staaten besetze die Elite Positionen und Minderheiten würden als Fremdkörper angesehen. Das Hauptziel der Verfassungsgesetzgebung sei es, diese negativen Tendenzen zu überwinden und die Balance zwischen den verschiedenen Rechtsträgern herzustellen. Der Staat müsse allen Bürgern gehören und die Minderheiten müssten eingebunden werden, so dass sie den Staat auch als den ihren betrachten. Man benötige internationale Standards sowie Verträge, aber auch so genanntes „Soft law“ wie Maßnahmen der OSZE seien wichtig. Maßgebliche Aspekte seien Recht auf eigene Sprache und Zugang zur Ausbildung. Wichtig sei, dass Integration ohne Assimilierung erfolge. Darauf fuße das Recht in Montenegro. Beteiligung am Entscheidungsprozess sei wichtig. Die Verfassungen sollten weiter gehen als internationale Abkommen, z. B. lokale Autonomie, Machtteilung und Dezentralisierung gewähren und Gremien zur Überwachung der Minderheitenrechte einsetzen. In der anschließenden Debatte wurde von österreichischer Seite nach der Beteiligung von Frauen gefragt. Fast alle Staaten müssten sich dem Minderheitenproblem stellen sowie der Migrationsproblematik. Mehrsprachigkeit könne auch bedeuten, eine Minderheitensprache zu sprechen und kulturelle Vernetzung solle gefördert werden.

Sitzung 4 – Kulturelle Diversität, Zivilgesellschaft und neue Bürgerschaft

Vorsitz: Göran Lenmarker (Schweden)

Douglas Davidson, Leiter der Mission Bosnien-Herzegowina sprach über den **Fall Bosnien-Herzegowina** und das Konzept der neuen Bürgerschaft, wo nach dem Daytoner Abkommen offiziell vier Gruppen zusammenleben, nämlich Bosniaken, Kroaten, Serben und andere. Dabei gibt es eine Einteilung in zwei Einheiten, die serbische Republik und Bosnien-Herzegowina. 2002 wurde die Verfassung so geändert, dass alle Bürger gleiche Rechte haben. Hiermit wurde der Grundstein für eine multiethnische Gesellschaft gelegt. Das Daytoner Abkommen sei das Produkt unvermeidlicher Kompromisse, die mit dem Ziel geschlossen wurden, den Krieg zu beenden. Er unterstrich die Bedeutung des Aufbaus des Öffentlichen Dienstes und seine Bedeutung für das Vertrauen der Bürger. Bislang sei der Fokus häufig eher nationalistisch als national orientiert. Ein Problem sei, dass sich die Fähigkeiten sehr langsam aufbauen. Bosnien-Herzegowina müsse nun die Frage der Bürgerschaft und Bürgergesellschaft neu angehen. Im Vordergrund müssten Themen von übergreifendem gemeinsamen Interesse stehen, die über die ethnischen Grenzen hinausgehen und nicht nur die Frage, welche Gruppe welche Vorteile oder Positionen erhält. Bosnien-Herzegowina habe bereits einige starke NGOs, aber die Entwicklung müsse noch vorangehen. Die Verwaltung verschlinge viel Geld; ein großes Problem sei die Kriminalität und Korruption mit der Folge, dass wiederum das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung sinkt. Seit 1992 war Bosnien-Herzegowina im Krieg oder unter nationaler Überwachung. Die internationale Gemeinschaft sei sozusagen der Wachhund der Zivilgesellschaft. Es gebe ein Gefühl bei den Bürgern, dass die internationale Gemeinschaft im Ergebnis alles regelt, unabhängig von dem Ausgang eigener Wahlen. Die Infrastruktur sei schlecht. Die Situation nach häufiger Vertreibung fordere ständige Anpassung und sei ein Problem für die Stabilität der Gemeinschaft. Die Wirtschaft wachse, aber es gebe hohe Arbeitslosigkeit. Die Bürger werden aktiver, aber junge Leute wandern oft wegen mangelnder Zukunftsperspektiven aus. Die multiethnische Gesellschaft in Bosnien-Herzegowina werde angestrebt, aber wenn die Diversität statt der Gemeinschaft in den Vordergrund gestellt wird, könne es keinen Erfolg geben. In der anschließenden Debatte wurde gefordert, Probleme müssten angesprochen, aber auch die gute Koexistenz betont werden. Die wirtschaftlichen Lebensbedingungen müssten sich verändern. Seitens der Delegation von Bosnien-Herzegowina wurde kritisiert, dass das Nichtfunktionieren der „Srbska Republica“ nicht der Zivilgesellschaft zuzuschreiben sei. **Douglas Davidson** antwortete, dass Fortschritte und Reformen gegeben seien: so existiere im Verteidigungsbereich ein gemeinsames Ministerium, eine einheitliche Armee und Polizei

sowie staatliche Informationsstellen und eine Steuerbehörde. Von Seiten der Delegation aus Bosnien-Herzegowina wurden ebenfalls betont, dass Polizei und Zoll sowie Mediengesetze reformiert wurden; die Parteien würden zu Unrecht angegriffen. **Douglas Davidson** antwortete, dass viele Reformen allerdings auch von internationaler Seite angestoßen worden seien. Wichtig sei aber, dass die Gesetze von innen heraus initiiert und auch umgesetzt würden. Bosnien-Herzegowina forderte, die Rolle der Staatengemeinschaft müsse neu definiert werden. Die Verfassung habe sich verbessert, aber Reformen müssten beschleunigt werden. Die Spezifika der ethnischen Gruppen müssten berücksichtigt werden. **Göran Lenmarker** bemerkte, die nationale Gemeinschaft habe das Ziel, sich mit wachsendem Fortschritt in den Ländern graduell zurückzuziehen (*Anlage 12 :OSZE-Mission Bosnien-Herzegowina (Informationsblatt OSZE; Anlage 13: Bosnien und Herzegowina - Risikobewertung)*)

In der Abschlussitzung fasste der Parlamentspräsident von Serbien Montenegro, **Ranko Krivokapic** die Ergebnisse der Tagung zusammen. Man müsse Raum für positive Energie geben und das Selbstbewusstsein der Menschen stärken. Die positiven Modelle multiethnischer Gesellschaften wie USA und Kanada seien ein gutes Vorbild zur Überwindung der Herausforderung im eigenen Land. Präsident **Alcee L. Hastings** (USA) unterstrich die Rolle der Parlamentarier, die ihnen beim Schutz von Minderheiten und der Eröffnung von Entwicklungsperspektiven für religiöse, kulturelle und ethnische Universalität zukommt. Die Parlamentarier müssten die Besorgnisse aller Bürger ansprechen (*Anlage 14: Rede Alcee L. Hastings am 8.10.05*)

II. Sitzung des Ständigen Ausschusses

Präsident **Hastings** ging auf seine Aktivitäten seit der Sommertagung ein. Er habe offizielle Besuche in Estland, Lettland, Litauen etc. durchgeführt. Beim Ständigen Rat in Wien habe er einen Bericht über die Erklärung in Washington abgegeben, der auf der web-site eingesehen werden könne (*Anlage 15: Tagesordnung des Ständigen Ausschusses*).

Bericht des Schatzmeisters

Anschließend gab Abg. **Jerry Grafstein** (Kanada), Schatzmeister der PV, einen Bericht über die finanzielle Situation. Die finanzielle Lage sei gut und die Ausgaben bewegten sich im Rahmen des vorgegebenen Budgets. 99,78 % der Beiträge seien eingegangen und auch dieses

Jahr sei eine gute Bewertung des Finanzmanagements zu erwarten. Er unterstrich die sparsame Mittelverwendung des Präsidenten bei seinen Aktivitäten bei gleichzeitiger Ausweitung der Aktivitäten und dankte dem Generalsekretär für seine effiziente Amtsführung. **Jerry Grafstein** erklärte, die Bemühungen, das Wiener Büro beizubehalten, gestalteten sich nun erfolgreich. Neue Arrangements würden ausgehandelt. Auch **Bruce George**, ehemaliger Präsident, lobte die Arbeit des Wiener Büros unter Leitung von Sonderbotschafter Andreas Nothelle (*Anlage 16: Bericht des Schatzmeisters*).

Der **Bericht des Generalsekretärs, R. Spencer Oliver**, ging von der Erklärung von Washington aus. Botschafter Nothelle habe diese im Juli beim Ständigen Rat vorgestellt, das Feedback sei besser gewesen als sonst. Ferner ging er auf die Wahlbeobachtungen in Albanien und Kirgisistan ein sowie die Teilnahme von Präsident Hastings an der IPU - PPK.

Bericht aus den Arbeitsgruppen:

Abg. **Kimmo Kiljunen, Leiter der Arbeitsgruppe Moldau**, führte aus, in **Moldau** würden Verhandlungen wieder aufgenommen, was ein positiver Punkt sei. Abg. **Tone Tingsgård** (Schweden), Leiterin der Arbeitsgruppe **Abchasien** erklärte, wegen Stillstands in der Verhandlung sei hier nichts zu berichten. Zum Thema **Gender** beglückwünschte sie **Tina Schön** zu ihrer Funktion als Stellvertretende Generalsekretärin. Sie forderte die Delegation auf, die Plätze ausgewogen zu besetzen und regte die Beteiligung von Parlamentarierinnen an der UN-Frauenkonferenz (März 2006) an. Abg. **Uta Zapf**, Leiterin der Arbeitsgruppe **Belarus** bedauerte, dass der Arbeitsgruppe trotz großer Bemühungen kein Erfolg beschieden sei. Die geplanten Seminare wurden nicht durchgeführt. Man hatte die Idee der Beteiligung von Exekutive, Parlament, NGOs etc. Die Planung wurde aber von Belarus kurzfristig abgesagt. Danach gab es wegen der Wahl in Deutschland keine Aktivitäten, aber jetzt gehe die Arbeit weiter. Sie habe in Straßburg bei der PV Europarat Gespräche zum Austausch über das weitere Vorgehen geführt. Ihrer Auffassung nach sei die Beobachtung der Wahlen sinnvoll. In Wien wolle man erneut einen gegebenenfalls konfrontativen Dialog führen.

Der Sonderbeauftragte für **Nagorny-Karabach, Göran Lenmarker**, unterstrich, es handle sich dort nicht um einen eingefrorenen Konflikt, sondern um einen sehr akuten. Menschliche und wirtschaftliche Verluste seien immens. Die „goldene Gelegenheit“, die er im Sommer genannt habe, bestehe prinzipiell immer noch, wobei im Winter eine entscheidende Phase zu erwarten sei.

Die russische Delegation regte an, eine Ad hoc-Kommission zum Thema Terrorismusbekämpfung einzusetzen. Abg. **Uta Zapf** hielt dies für problematisch. Präsident **Alcee L. Hastings** erklärte, die Einsetzung werde geprüft.

Pieter De Crem erläuterte die Fortschritte der **Arbeitsgruppe für Geschäftsordnungsfragen**. Mehrere Vorschläge zu den Bereichen Präsidium, erweitertes Präsidium, Ausschüsse etc. seien eingegangen. Ebenso zu den Themen der zusätzlichen Beratungsgegenstände, Verfahrensanträge, Position des Generalsekretärs und Stellvertreters. Nach einem kurzen Austausch gestern würden nun alle Vorschläge geprüft und dort, wo Raum für Einigung sei, werde weiter gearbeitet. Nach einem Treffen in Brüssel würden in Wien Vorschläge der Versammlung unterbreitet.

Der **Generalsekretär der OSZE**, Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut**, sprach über den **Haushalt 2006** (*Anlage 17: Haushaltsentwurf der OSZE*), der im Lichte des Treffens in Sofia zu sehen sei. Die Empfehlungen der so genannten „eminent persons“ würden beim Treffen in Ljubljana konkreter mit Reformvorschlägen versehen. Das Budget betrage 1.197,9 Millionen Euro und weise eine Erhöhung von 2 % auf. Bei der geografischen Verteilung der Mittel ist prinzipiell Südost-Europa etwas weniger stark beteiligt mit Ausnahme der Ukraine, Moldau und Kaukasus. In Zentralasien wird u. a. mit Projekten in Bischkek (Polizeiassistenten-Programm) aufgestockt. Die Kosten für das Sekretariat und die Institutionen hätten sich wegen geforderter Strukturänderungen erhöht, z. B. die Rechtsabteilung werde ausgeweitet. Die Datenbank IRMA sei nun zugänglich für alle Delegationen. Zum Reformprozess meinte er, man sollte wissen, welche Ziele man verfolge. Nach dem Treffen der Botschafter hoffe man auf Ergebnisse in Ljubljana. Man brauche bessere Planungen, Evaluationen, Langzeitperspektiven. Mehr Liaison-Büros seien nötig in New York, Brüssel und Moskau. In der anschließenden Debatte wurden Fragen zu den Themenkomplexen Kaukasus, entsandtes Personal, Reformpaket, Zentralasien, Gender Actionplan und Kosovo gestellt.

Zukünftige Veranstaltungen:

- Sitzung des Präsidiums der OSZE PV in Ljubljana: 4. Dezember 2005
- Ministerratssitzung der OSZE in Ljubljana: 5. - 7. Dezember 2005
- PV Wintertagung in Wien: 23. - 24. Februar 2006
- Sitzung des erweiterten Präsidiums in Kopenhagen: 24. April 2006
- 15. Jahrestagung in Brüssel: 3. - 7. Juli 2006

- Herbsttagung und Forum Mittelmeer 2006: Malta
- 16. Jahrestagung 2007: Ukraine
- Herbsttagung und Forum Mittelmeer 2007: Slowenien

III. Parlamentarisches Forum Mittelmeerraum

Präsident **Alcee L. Hastings** (USA) erklärte einleitend, vor drei Jahren habe die OSZE beschlossen, die Beziehungen zu den Mittelmeerländern zu intensivieren. Neben dem Austausch von politischen und Sicherheitsfragen gehe es auch um den Austausch von Wissen und Ideen. Die Partner werden ermutigt, den Rahmen der OSZE bei Konfliktprävention und Konfliktnachsorge zu nutzen.

Der Stellvertretende Außenminister von Montenegro, **Predrag Boskovic** erklärte, die Bemühungen zur Integration in europäische Strukturen müssten unterstützt werden. Nur gemeinsam könnten die Mittelmeeranrainer und die europäischen Länder gegen Terrorismus und andere Probleme vorgehen. Die Bedeutung der OSZE für die Mittelmeerkooperationspartner wurde unterstrichen. Serbien und Montenegro haben Freihandelsabkommen mit allen Mittelmeerländern und fördern in jeder Beziehung den Dialog.

Der Sonderbeauftragte des Präsidenten für den Mittelmeerraum, Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) unterstrich, dass die Bedeutung des Mittelmeerraums weit über seine geografische Ausdehnung hinausgehe.

Sitzung 1 – Die mediterrane Dimension der OSZE

Vorsitz: Jason Azzopardi (Malta)

Der Vorsitzende verwies darauf, dass Malta den Anstoß für die mediterrane Dimension der OSZE gegeben habe. Seit 1994 finde der Austausch mit den mediterranen Partnern statt. Sie nehmen an Seminaren zu den verschiedenen Dimensionen der OSZE teil. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit steige und werde in verschiedenen Dokumenten, u. a. dem OSZE-Strategie-Dokument, unterstrichen. Ein großes Problem für den Mittelmeerraum sei die illegale Migration. Allein 600 Leute jährlich würden bei dem Versuch, nach Malta zu gelangen, im Meer den Tod finden. Sowohl die Probleme der Herkunfts- als auch der Zielländer dieser Flüchtlinge müssten diskutiert werden.

Milo Djukanović, Premierminister von Montenegro, unterstrich die Mittelmeeridentität seines Landes. Wenn jeder seine Identität und Sprache frei wählen könne, sei das Ziel einer multiethnischen Gesellschaft erreicht. Er sei stolz, dass Montenegro für die Erhaltung der Vielfalt eintritt. Die Sicherheit in der Mittelmeerdimension habe durch den Beitritt von Zypern und Malta zur EU neue Bedeutung gewonnen. Die Herausforderungen könnten nur mit gemeinsamen Aktionen gegen Armut, Terrorismus, Umweltproblemen bewältigt werden. Die Bedeutung der parlamentarischen Dimension in den internationalen Organisationen sei groß. Montenegro werde sich so weit wie möglich in den Foren aktiv beteiligen, die Europarat, OSZE, die Adriatisch-Ionische Initiative etc. bieten und es wolle in Frieden mit seinen Nachbarn leben (*Anlage 19: Ansprache von Milo Djukanović, Premierminister von Montenegro „Die mediterrane Dimension der OSZE“*).

Der OSZE-Generalsekretär, **Marc Perrin de Brichambaut**, lobte die Rolle der Parlamente bei der Entwicklung der Beziehungen zu den mediterranen Partnern. Seit 2002 (Madrid) habe die PV zur Intensivierung der Beziehungen beigetragen. Wichtige Themen wie Handelssicherheit wurden angesprochen. Die Beziehungen würden enger, so gebe es die Kontaktgruppe in Wien, Teilnahme der Partner an Seminaren, Teilnahme am Ökonomischen Forum und dem Human-Dimension Implementation Meeting, sowie einem Open Skies Event. Ein gemeinsames Statement der sechs Partner sei ein erster Schritt zu besserer Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Im September habe man ein Seminar in Rabat (Marokko) abgehalten zum Thema „Migration und Integrationspolitik“. Verschiedene Vorschläge der PV hätten dabei ein Echo gefunden. Im Bereich illegale Migration und Menschenhandel ermutige die OSZE die Herkunftsländer, sich die Verpflichtungen und Standards der OSZE zu Eigen zu machen. Gleichzeitig müssten in den Zielländern Integrationshemmnisse ausgeräumt werden. Es gebe den Vorschlag, das Seminar in ein Forum umzuwandeln. Die OSZE sei auch eine Wertegemeinschaft. Interkultureller Dialog war Teil des Helsinki-Prozesses und gehöre zum Arbeitsgebiet des Hohen Kommissars für Minderheiten. Toleranz und Anti-Diskriminierung seien Schwerpunkte der Arbeit, wie wichtige Konferenzen in Berlin (Antisemitismus 2004), Paris und Brüssel und drei Sonderbeauftragte belegen. Der Europarat habe wiederholt, dass die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen verbessert werden solle und habe einen Beauftragten für die Koordinierung der Mittelmeerfragen eingesetzt. Noch mehr Partnerschaften und Synergien zwischen diesen beiden Organisationen seien möglich und sinnvoll.

Der **Außenminister von Montenegro, Miodrag Vlahovic** unterstrich die Interdependenz der europäischen Region und anderer Länder. Die Kontakte zwischen der OSZE und den mediterranen Partnern hätten sich entwickelt und verstärkt. Das Parlamentarische Forum nannte er einen guten Ort für Meinungs austausch. Montenegro sei stolz auf kulturelle Diversität und zuversichtlich, dass das Referendum 2006 friedlich und mit internationaler Beobachtung ablaufen werde (*Anlage 20: Ansprache von Miodrag Vlahovic*)

In der Debatte wurde auf Einwanderungsprobleme und illegale Migration eingegangen. Die richtige Politik z.B. gegenüber den Ländern der Südsahara müsse nun gefunden werden. Als Lösungsansatz wurde immer wieder Bildung genannt. Der Druck durch illegale Migration sei groß, worauf auch Spanien verwies. Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten und Institutionen sei nötig.

In der generellen **Debatte über Sicherheit im Mittelmeerraum** ging der Sonderbeauftragte des Präsidenten für Mittelmeerfragen, Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich), zunächst auf die Terminproblematik der Konferenz ein, die mit Feiertagen der mediterranen Partnerländer kollidiert. Er berichtete von Besuchen u.a. in Algerien (Präsidentenwahlen), Libyen, Ägypten, Jordanien und Libanon. Viel zu oft werde im Zusammenhang mit dem Mittelmeerraum nur über negative Aspekte gesprochen, wie Menschenhandel und Terrorismus. Es gebe negative Seiten, aber Demokratie breite sich langsam aus. In der Debatte hob Italien als positiven Aspekt die parlamentarische Demokratie Israels hervor. Der Abzug aus Gaza sei eine mutige Initiative, die Hoffnung auf Frieden in der Region mit sich bringe. Zypern forderte, die Staaten müssen selbst etwas für den interkulturellen Dialog tun, wobei leider oft zweierlei Maß angelegt werde. Frankreich benannte die Sorge über ansteigenden Nationalismus und Spannungen im Kosovo. Israel verwies auf die Integration einer Million Immigranten. Als ein Schlüssel wurde die Bildung der nächsten Generation genannt. Der Friedensprozess gehe langsam voran, aber in die richtige Richtung, wobei man die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft brauche. Die ukrainische Delegation ging auf die Demokratisierung in der Ukraine ein, die unumkehrbar sei. Sie nannte als Lösung Sicherheit durch wirtschaftliche Kooperation auch für den Mittelmeerraum. Belgien ging auf den Nahostkonflikt ein und nannte die Evakuierung der Siedlungen das Ende der Kolonialisierung und unterstrich die Hoffnung, dass sich der Friedensprozess fortsetzt.

Im Schlusswort nannte der **Präsident des Parlaments von Montenegro, Ranko Krivokapic**, es notwendig, Mittelmeerfragen immer wieder zu erörtern. Die Thematik sei komplex und die gegenseitige Abhängigkeit und Interdependenz erfordere ein Zusammenwirken aller Beteiligten. Interdependenz sei ein Schlüsselwort der menschlichen Existenz generell. Er ging auf den Wandel im Mittelmeerraum und neue Herausforderungen ein. Solidarität sei nötig. Innerhalb des Balkans gebe es viele Unterschiede. Reichtum im Mittelmeerraum sei vorhanden, aber auch viele Probleme, z.B. Flüchtlinge. Europa dürfe nicht zur Festung werden. Die Gesellschaften könnten sich nur mit ihren Völkern entfalten. Man dürfe nicht seine Identität opfern müssen, um integriert zu werden. Wirtschaftliche Zusammenarbeit sei ein richtiger Schritt. Die OSZE könne positive Signale setzen. Anschließend unterstrich auch Präsident **Alcee L. Hastings** den Entschluss, den Dialog fortzusetzen und nannte die Sicherheit im Mittelmeerraum als maßgeblichen Punkt auch für die Sicherheit der OSZE.

Sitzung 2 – Ökonomische Sicherheit, Handel und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum
Vorsitz: Jerry Grafstein (Kanada)

Einführender Beitrag von Jerry Grafstein, Schatzmeister der OSZE PV:

In seinem einführenden Beitrag betont Jerry Grafstein, dass die statistisch betrachtet wirtschaftlich schwach entwickelte Mittelmeerregion sehr um wirtschaftliches Wachstum kämpfe. Die arabischen Länder, die vor 3000 Jahren eine wirtschaftlich blühende Region gewesen seien, hätten in den letzten Jahren und besonders seit dem 11. September schwerste ökonomische Verluste hinnehmen müssen. So seien ein sinkendes Bruttosozialprodukt ebenso zu verzeichnen wie wachsende Lebensmittelimporte. Gerade deshalb sei es umso bedauerlicher, dass der wirtschaftlichen Dimension in der Vergangenheit nur unzureichende Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Es müssten wirtschaftliche Initiativen ergriffen werden. In diesem Prozess spielen so wichtige Akteure wie die Vereinten Nationen, die EU die WTO oder die Weltbank eine besondere Rolle. In diesem Kontext zählen bilaterale Investitionen, die Errichtung von Freihandelszonen sowie auch Tarifierduktionen zu wichtigen Strategien. Ziel dessen sei stets eine Erhöhung des Lebensstandards in den Ländern dieser Region. Die bisher erzielten Fortschritte reichen bei weitem nicht aus. Auch auf dem wichtigen Gebiet der Landwirtschaft seien Abkommen nicht vollständig umgesetzt worden. Jerry Grafstein nannte in diesem Zusammenhang das Agadir-Abkommen, dass für die Maghreb-Staaten noch zu keinen messbaren Fortschritten geführt hätte. Jerry Grafstein sprach als weitere Probleme in der arabischen Region neben dem Analphabetentum auch die

unzureichende Einbeziehung der Frauen an. Die Gleichstellungsbeauftragten hätten hier ein großes Betätigungsfeld. Sich auf das Bruttoinlandsprodukt beziehend, sagte Jerry Grafstein, es sei erschütternd, dass in einer Region, die über reiche Naturressourcen verfüge, große Armut herrsche. Auf dem Gebiet von militärischem Gerät gäbe es einen freien Handel; die Militärausgaben seien hoch. Erklärtes Ziel der Vereinten Nationen sei es, 10 Millionen Arbeitsplätze neu zu schaffen, wobei die Gleichstellungsrate der Frauen zu erhöhen sei. Grafstein ging auch auf die Rolle der OSZE hierbei ein: Diese hinke der der Vereinten Nationen hinterher und müsse unbedingt ausgebaut werden, so zum Beispiel durch die Entwicklung individueller Gespräche. Wirtschaftlicher Fortschritt sei dem Terrorismus entgegenzusetzen.

Gordana Djurovic,

Ministerin für Außenwirtschaftsbeziehungen und Europäische Integration in Montenegro

Gordana Djurovic erwähnte, dass der Zugang/Beitritt Montenegros zur WTO sehr schwierig sei. Nach dem Zerfall Jugoslawiens sei lediglich Slowenien der WTO voll beigetreten. Seit Februar dieses Jahres seien Serbien und Montenegro an den Arbeitssitzungen der WTO beteiligt. Gordana Djurovic brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Beitritt zur WTO bald geschehen möge, damit die Wirtschaftsbeziehungen gestärkt werden könnten. Diese seien aus den politischen Ereignissen der Vergangenheit geschwächt hervorgegangen. So habe es seitens der Vereinten Nationen Sanktionen und auch den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen gegeben. In der letzten Zeit seien Fortschritte zu verzeichnen: So seien in der Region 28 bilaterale Handelsabkommen abgeschlossen worden. Zum Kosovo beispielsweise bestünden u.a. dank des Nullzollsystems normale Handelsbeziehungen. Der europäische Weg sei sehr wichtig; daher müsse die Harmonisierung der Zoll- und Handelspolitik weiter vorangetrieben werden. Als Beispiel hierfür wurde Albanien zitiert. Albanien betreibe 70 % seines Handels mit der EU, vor allem mit Italien. Im Zusammenhang mit dem Integrationsprozess in Europa unterstrich Gordana Djurovic, für die Vorbereitung des bevorstehenden Referendums sei die Schaffung einer positiven Atmosphäre erforderlich. Auf dem Weg nach Europa käme es darauf, die Identität zu wahren.

Milorad Drjevic, Vizepräsident der Versammlung von Serbien und Montenegro

Milorad Drjevic bezog sich in seinen Ausführungen auf die Adriatisch-Ionische Initiative, der insgesamt sieben Länder angehören. Aufgabe der Initiative sei es, die Wirtschafts- und politischen Beziehungen zu verbessern. Die Verbesserung der regionalen Beziehungen wertete er als wichtigen Moment der Stabilisierung in diesem Raum. Desgleichen ginge es in

diesem Zusammenhang um die Entwicklung der Demokratie, den Kampf gegen Terrorismus, Kriminalität und Korruption sowie eine Kooperation auf allen Gebieten. Wichtige Instrumente hierfür seien Runde Tische, Expertengespräche und die Arbeit nationaler Koordinatoren. Milorad Drjevic nannte einige bestehende Projekte, darunter das Netzwerk von Klein- und mittleren Unternehmen, das Programm zur Koordinierung der Aufgaben der Innenministerien, das Programm zum Schutz nationaler Denkmäler, Infrastrukturprojekte (Straßenbau, Bau einer Autobahn durch diesen Raum). Hierdurch würde ein Zuwachs an demokratischer Kontrolle erreicht. Im Jahre 2001 fand ein Treffen der Parlamentspräsidenten der Länder der Adriatisch-Ionischen Initiative statt, dem mittlerweile weitere folgten. Dieses Treffen kann als gutes Forum der interparlamentarischen Kooperation gewertet werden. In diesem Rahmen gäbe es verschiedene Ausschüsse, die künftige gemeinsame Aktivitäten festlegen. Milorad Drjevic gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich die OSZE – wie auch in der Vergangenheit – an der Arbeit dieses Forums beteilige. Die Zusammenarbeit mit dem nordischen und Ostseerat habe sich verbessert. Insgesamt sei die Zusammenarbeit weiter auszubauen; es käme darauf an, dass die Bürger das Gefühl bekommen, dass sie aus der Initiative Nutzen ziehen und auf dem Wege der europäischen Kooperation weiter vorankämen.